79. Hausfriedensbruch durch Verweilen ohne Befugnis nach ergangener Aufforderung zur Entfernung im Verhältnis des Handwerksgehilfen zu dem Arbeitsherrn, sowie desjenigen, welchem von dem Eigentümer ein Wohnungsrecht eingeräumt ist, zu dem letzteren.
St.G.B. §. 123.

III. Straffenat. Urt. v. 12. November 1881 g. S. Rep. 2026/81.

I. Strafkammer bei dem Amtsgericht Celle.

Aus den Gründen:

Es ist in Beziehung auf den dem Angeklagten zur Last gelegten Hausfriedensbruch Beschwerde wegen unrichtiger Anwendung des Gesetzes erhoben. Dieselbe erscheint begründet.

Die Strafkammer stellt zwar dem Wortlaute des §. 123 St.G.B.'s entsprechend fest, daß Angeklagter sich aus den Geschäftsräumen des Mühlenbesizers F., in denen er ohne Befugnis verweilte, auf die Aufforderung des Berechtigten, Obermüller B., nicht entfernt habe.

Die Begründung der angefochtenen Entscheidung ergibt aber, daß dabei der Begriff des Hausfriedensbruches verkannt worden ist.

Dem Angeklagten war, als zum Thatbestande des fraglichen Vergehens gehörig, im vorliegenden Falle nachzuweisen, daß er zur Zeit der an ihn erlassenen Aufforderung zur Entfernung aus der Mühle zu E. oder doch infolge dieser Aufforderung ohne Befugnis in den von ihm eingenommenen Räumen verweilt habe. Das angefochtene Urteil hat indessen die in dieser Richtung getroffene Feststellung lediglich darauf gestützt, daß der Obermüller B. nach dem ihm von dem Eigentümer der Mühle erteilten Auftrage zur Vertreibung des Angeklagten aus letzterer berechtigt gewesen sei, sowie daß Angeklagter von dieser Legitimation des B. Kenntnis gehabt habe. Auf eine Erörterung darüber, ob der Eigentümer selbst berechtigt gewesen sei, die sofortige Entfernung des Angeklagten zu verlangen und durch seinen Bevollmächtigten herbeizuführen, ist nicht eingetreten, oder es hat doch eine solche Annahme, falls sie etwa in der vorgedachten Feststellung ausgedrückt sein soll, eine weitere Begründung nicht gefunden. Vielmehr sind die von dem Angeklagten nach Inhalt der Urteilsgründe gegen seine Ausweisung aus der Mühle erhobenen Einwendungen, daß er sich zum Verweilen dafselbst vollkommen berechtigt gehalten, zumal eine ordnungsmäßige Übergabe mit Rücksicht auf die zur Zeit vorhandenen Bestellungen von Mahlkunden durchaus notwendig gewesen sei, und überdies seine Ehefrau krank darnieder gelegen habe, ohne weiteres als unerheblich verworfen.

Die erstrichterliche Feststellung ist dahin beschränkt, daß Angeklagter sich aus den Geschäftsräumen des Mühlenbesizers F. auf die Aufforderung des Vertreters desselben nicht entfernt habe. Es wird danach zunächst anzuerkennen sein, daß die angefochtene Entscheidung in dieser Beschränkung gerechtfertigt sein würde, falls das Verhältnis, welches

zwischen dem als Müllergesellen bezeichneten Angeklagten und dem Eigentümer der Mühle bis zu dem in Rede stehenden Vorgange bestanden hat, eben nur als dasjenige eines Handwerksgejellen zu seinem Meister oder Arbeitsherrn festgestellt anzunehmen und nach den hierüber bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu beurteilen wäre,

vgl. Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 §§. 121. 122. 123 (R. G. Bl. S. 245) und das ergänzende Gesetz vom 17. Juli 1878 (R. G. Bl. S. 199),

und wenn ferner feststände, daß die an den Angeklagten erlassene Aufforderung sich nur auf seine Entfernung aus den Geschäftsräumen der Mühle bezogen hätte. Solchenfalls würde die Eigentümlichkeit des damit gegebenen Rechtsverhältnisses, insofern danach der Geselle seinem Arbeitsgeber untergeordnet ist, und dem letzteren sowohl während der Dauer des Verhältnisses als auch bei Auflösung desselben besondere Befugnisse — vielfach analog dem Gesindeverhältnis — eingeräumt sind, entscheidend in Betracht kommen. Der Geselle ist dem Arbeitsherrn in Beziehung auf die ihm übertragenen Arbeiten und die häusliche Einrichtung Gehorsam schuldig, letzterer ist zur Entlassung des Gesellen auch vor Ablauf der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Aufkündigungszeit unter bestimmten, der Natur des Rechtsverhältnisses entnommenen Voraussetzungen befugt. Dem Gesellen steht in keinem Falle die Befugnis zu, nach und ungeachtet der erfolgten Entlassung, falls er sie für ungerechtfertigt hält, in den Räumen des Arbeitsherrn, welche ihm speziell zur Benutzung bei der kontraktmäßigen Arbeit angewiesen waren, oder welche überhaupt dem Zwecke des Gewerbebetriebes dienen, zu verbleiben, derselbe ist vielmehr, falls er die Aufhebung des Verhältnisses seitens des Meisters für einen Kontraktbruch hält, auf die von ihm zu erhebenden Entschädigungsansprüche angewiesen. In solchem Falle würde also Angeklagter der mit seiner Entlassung verbundenen Aufforderung zur Entfernung aus den Geschäftsräumen der Mühle Folge zu leisten verpflichtet gewesen sein, auch ganz abgesehen von der Bedeutung des Umstandes, daß er sich gegen den Vertreter des Arbeitgebers Thätlichkeiten hat zu Schulden kommen lassen und sonach die Frage sich aufwirft, ob nicht einer der Fälle vorlag, in welchen dem Arbeitsherrn die Aufhebung des Verhältnisses ohne Kündigung und ohne Entschädigung zusteht. Nun geht aber aus dem angefochtenen Urteile in Verbindung mit dem in letzterem in Bezug genommenen

Inhalte der in der Hauptverhandlung verlesenen, von dem Mühlen-eigentümer F. an den Obermüller B., bezw. an den Angeklagten gerichteten Briefe vom 20. März 1881 folgendes Sachverhältnis hervor:

Der Angeklagte ist seit längeren Jahren bis zu dem in Rede kommenden Vorgange von dem Mühlenbesitzer F. in dessen zu E. belegenen Mühle als Müller angestellt, und es ist ihm in der Mühle eine Wohnung eingeräumt worden. Der Obermüller B. hat von dem Eigentümer der Mühle den Auftrag erhalten, die Geschäftsführung des Angeklagten zu revidieren, Veruntreuungen nachzuspüren und den Angeklagten nach Umständen seines Dienstes zu entlassen und aus der Mühle zu entfernen. Hiervon ist auch der Angeklagte seitens des Eigentümers in Kenntnis gesetzt. B. ist bei der von ihm am 28. März l. J. vorgenommenen Revision der Mühle von dem Angeklagten vorsätzlich gemißhandelt, er hat denselben aufgefordert, die Mühle zu verlassen, und ihn, da er dieser Aufforderung nicht Folge leistete, gewaltsam aus derselben entfernt.

Es ist nach diesem Hergange und nach dem Inhalte der Urteilsgründe, welche den von dem Angeklagten gegen seine Entfernung aus der Mühle erhobenen Einwand, daß seine Ehefrau krank daniederliege, nicht als thatsächlich unbegründet, sondern als unerheblich zurückweisen, zugleich auch anzunehmen, daß die an den Angeklagten gerichtete Aufforderung zur Entfernung nicht allein auf die Geschäftsräume der Mühle, sondern auch auf die dem Angeklagten in derselben eingeräumte Familienwohnung sich bezogen habe. Unter solchen Umständen fehlt es an jeder ausreichenden Grundlage für die Beantwortung der Frage, ob Angeklagter nach dem zwischen ihm und dem Eigentümer der Mühle bestehenden Rechts- und Vertragsverhältnisse, — wonach ihm die Verwaltung des Geschäftsbetriebes auf der Mühle dauernd und selbständig anvertraut gewesen zu sein scheint, und wonach er jedenfalls bis zu dem in Rede stehenden Vorgange nicht ohne rechtliche Befugnis in der Mühle verweilte — zum Verlassen der fraglichen Räumlichkeiten auf die Aufforderung des Eigentümers jederzeit verpflichtet gewesen ist, oder ob es nicht zunächst einer formellen Aufhebung der Wirkung des dem Angeklagten eingeräumten Wohnungsrechtes im geordneten gesetzlichen Wege bedurfte, bevor der Eigentümer in die Rechte, welche ihm das Gesetz zur Sicherung seines Hausfriedens gewährte, unbeschränkt wieder eintreten konnte.

Dabei kommt auch in Betracht, ob nicht dem Angeklagten — unter den obwaltenden Umständen wenigstens — Zeit zur Ordnung der ihm übertragenen Geschäfte und seiner persönlichen Angelegenheiten in den von ihm bis dahin innegehabten Räumlichkeiten zu gewähren sein würde, inwiefern, inwiefern ihm das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise, welches er in Abrede gestellt hat, beigezogen habe.